

## Beschluss des Landrats vom 03.06.2021

Nr. 943

### 17. Fragestunde der Landratssitzung vom 3. Juni 2021 2021/282; Protokoll: ama

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) teilt mit, dass Regierungsrat Thomas Weber aufgrund einer unvorhergesehenen Verpflichtung am Nachmittag nicht an der Landratssitzung teilnehmen kann. Allfällige Zusatzfragen zu Fragen 2 und 3 werden aufgenommen und im Nachhinein beantwortet.

#### 1. **Susanne Strub: Hühnerstallbesetzung in Eptingen durch Tierschutzaktivisten**

**Susanne Strub** (SVP) dankt für die Beantwortung ihrer Fragen, auch wenn das Problem damit nicht abschliessend gelöst werden könne. Von einer ähnlichen Situation könnten alle betroffen sein, egal ob Landwirte, Metzger, Garagenbesitzerinnen oder -besitzer, etc., welche einer Tätigkeit nachgehen oder ein Produkt verkaufen, mit dem gewisse Interessengruppen nicht einverstanden sind. Im konkreten Fall wurden durch den begangenen Hausfriedensbruch anfallende Arbeiten verhindert und der Hühnerstallbesitzer musste die Besetzung seines Stalles machtlos mitansehen. Die Kantonstierärztin konnte kein Fehlverhalten der Hühnerstallbesitzer feststellen. Zusatzfrage: *Handelt es sich beim Polizei-Grosseinsatz mit über 18 Polizisten um einen Grundversorgungseinsatz?* Susanne Strub zitiert § 55a des kantonalen Polizeigesetzes:

*«§ 55a Kostenersatz bei Veranstaltungen*

*<sup>1</sup> Veranstalterinnen und Veranstalter sind verpflichtet, diejenigen Vollkosten zu ersetzen, welche die normale polizeiliche Grundversorgung überschreiten.»*

Der hier diskutierte Polizeieinsatz erfolgte aufgrund einer Hausbesetzung, es handelte sich um Hausfriedensbruch. Wenn es sich beim genannten Einsatz nicht um einen Einsatz der polizeilichen Grundversorgung handelte, könnten die Kosten laut Gesetz auf die Verursacher abgewälzt werden.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) verweist auf die schriftliche Antwort des Regierungsrats. Der Einsatz konnte mit den bestehenden Patrouillen bewältigt werden, daher wurde kein ausserordentlicher Aufwand verursacht.

**Susanne Strub** (SVP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Wäre also eine entsprechende Anpassung des Polizeigesetzes notwendig?* Die Rednerin zeigt Mühe mit der Tatsache, dass der Einsatz den Verursachern nicht verrechnet werden kann, nur weil zufällig genügend Polizeifahrzeuge zur Verfügung standen.

**Marc Schinzel** (FDP) dankt Susanne Strub für ihre Fragen und dem Regierungsrat für die Beantwortung. Dass während zwölf Stunden 18 Polizeimitarbeitende im Einsatz standen, um eine organisierte Aktivität und Hausfriedensbruch in den Griff zu bekommen, erachtet er als speziell. Dadurch fielen auf jeden Fall auch Zusatzkosten an. Zusatzfrage: *Wie viel hat der Polizeieinsatz gekostet?*

**Andi Trüssel** (SVP) war selbst einmal in der Situation, an einem Abend die Polizei zu benötigen. Damals musste er eine Stunde warten, bis eine Patrouille zur Verfügung stand. Im hier diskutierten Fall standen in Eptingen an einem Wochenende zufällig zwei Patrouillenfahrzeuge und 18 Polizeikräfte bereit. Darüber, und dass der Einsatz den Verursachern nicht in Rechnung gestellt wurde,

zeigt sich Andi Trüssel erstaunt. Zusatzfrage: *Kann man den Polizeieinsatz den Verursachern in Rechnung stellen?*

**Peter Riebli** (SVP) ist juristischer Laie, daher möchte er eine konkrete Zusatzfrage stellen: *Angenommen, er dringt an einem Sonntagnachmittag mit seiner Familie in den Nachbarsgarten ein, benutzt dort den Grill sowie den Swimmingpool und muss unter Polizeigewalt vom Gelände gewiesen werden: wäre ein solcher Einsatz für ihn und seine Familie kostenlos?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) versteht den Unmut darüber, dass ein so grosser Einsatz nicht weiterverrechnet werden könne. Es wurden aber tatsächlich, wie bereits dargelegt, keine zusätzlichen Personen aufgeboten und daher fielen auch keine zusätzlichen Kosten an. Natürlich könnte ein Stundenansatz pro Mitarbeiter verrechnet werden, aber diese hätten so oder so gearbeitet. Was der Polizeieinsatz im konkreten Fall gekostet hat, kann Kathrin Schweizer nachliefern. Noch einmal: Es fielen keine ausserordentlichen Kosten an. Es wurde klar dargelegt, wann zusätzliche Kosten in Rechnung gestellt werden können. Bei Peter Rieblis Beispiel kann nicht im Voraus definiert werden, welchen Aufwand der Polizeieinsatz verursachen würde. Die Regierungsrätin geht nicht davon aus, dass dazu 18 Personen notwendig wären, also würde ihm der Einsatz wohl auch nicht in Rechnung gestellt.

**Stefan Degen** (FDP) zeigt sich erstaunt über die Antworten der Regierungsrätin. Zusatzfrage: *Ist die Arbeit der Polizisten sonst nichts wert und bestehen somit Überkapazitäten bei der Polizei? Die Polizei muss die Sicherheit der Bevölkerung sicherstellen, was sie während des Einsatzes in Epitingen nicht tun konnte. Stefan Degen bezeichnet es als erschütternd, wie hier offenbar mit Ressourcen umgegangen wird.*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) betont, der Präsident des Bauernverbandes habe sich sehr zufrieden mit dem Polizeieinsatz gezeigt. Selbstverständlich ist die Polizeiarbeit viel Wert. Wenn die Polizei auf Patrouille ist, arbeitet sie immer extrem flexibel, denn die Einsätze sind meist nicht im Voraus planbar.

**Matthias Ritter** (SVP) stellt ebenfalls eine Zusatzfrage: *14 Personen wurden abtransportiert, wozu ein Überfallwagen notwendig war. Gehört das zu einem alltäglichen Einsatz der Polizei?*

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) antwortet: Je nach Einsatz werden die entsprechenden Fahrzeuge eingesetzt.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) richtet folgende Zusatzfrage an die Regierungsrätin: *Wenn eine Vergütung von Polizeieinsätzen ins Auge gefasst würde, würde man dann die Büchse der Pandora öffnen, weil somit möglicherweise auch bei anderen Straftaten ein Polizeieinsatz vergütet werden müsste?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) stellt fest, im Sinne der Gleichbehandlung sei das tatsächlich so. Ausserordentliche Aufwendungen können in Rechnung gestellt werden, im heute diskutierten Fall jedoch konnten keine derart ausserordentlichen Aufwendungen ausgewiesen werden. Aus diesem Grund wird der Einsatz auch nicht in Rechnung gestellt.

## 2. **Christine Frey: Homeoffice-Pflicht für Unternehmen umwandeln in Homeoffice-Empfehlung**

Keine Zusatzfragen.

**3. Christina Jeanneret: Die genetische Überwachung des Coronavirus in der Schweiz hat blinde Flecken**

Keine Zusatzfragen.

**4. Thomas Eugster: Klimakarten werfen Fragen auf**

**Marco Agostini** (Grüne) stellt eine Zusatzfrage: *Kann man aus den Klimakarten bereits erste, wichtige Schlüsse und Erkenntnisse ziehen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) stellt fest, solche Erkenntnisse gebe es selbstverständlich. Teilweise sind sie allgemeiner Natur, das eigentliche Ziel der Aufschaltung der Karten besteht aber darin, diese den Gemeinden als Arbeitshilfe für kommunale Planungen zur Verfügung zu stellen.

**5. Peter Riebli: Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule» in der Kritik: ordentliche Anhörung der Gemeinden sei nicht gegeben**

**Peter Riebli** (SVP) bedankt sich herzlich für die sehr ausführliche Beantwortung seiner Fragen, insbesondere für den klaren Zeitplan, wie die Gemeinden in die Anhörung involviert waren. Es zeigte sich, dass der Einbezug der Gemeinden wesentlich weiterging, als gesetzlich vorgeschrieben. Es scheint, dass die Regionalvereine sich aus Profilierungsgründen in Vernehmlassungen und Anhörungen einschalten, obwohl bereits der VBLG und die Gemeinden involviert sind. Zusatzfrage: *Denkt der Regierungsrat daran, künftig auch die Regionalverbände als ständige Vernehmlassungspartner miteinzubeziehen?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, die Verantwortlichen müssten oftmals feststellen, dass die Gemeinden nicht immer gut über den intensiven Austausch zwischen dem Kanton und einzelnen Gemeinden informiert seien. Momentan findet eine Diskussion zwischen allen kantonalen Direktionen und dem VBLG statt, wie in Zukunft eine reibungslose Kommunikation sichergestellt werden kann. Dem Kanton ist es ein grosses Anliegen, die Gemeinden miteinzubeziehen. Wie dies in Zukunft noch besser funktionieren kann, muss gemeinsam diskutiert werden. Aktuell ist die Situation nicht befriedigend.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

---